

PRESSEMITTEILUNG

Neue Deutsche Burschenschaft

Pressesprecher



Fürth, 30.1.05

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Januar 2005 zum Thema Studiengebühren wird das Studium an deutschen Universitäten nachhaltig verändern. Einzelne Bundesländer erwägen bereits die Einführung einer Studiengebühr und wollen so bald wie möglich eine von Studierenden selbst finanzierte universitäre Ausbildung. Die Neue Deutsche Burschenschaft (NeueDB) sieht im Abschied vom „kostenlosen“ Studium Chancen, aber auch Risiken für kommende Akademikergenerationen.

Die Ausbildung an den deutschen Hochschulen leidet seit Jahren unter der allgemeinen Finanzmisere der Länder. Allein in den vergangenen drei Jahren nahm die Zahl der Studierenden an den Universitäten laut dem Statistischen Bundesamt um ca. 20 Prozent zu. Demgegenüber wurde jedoch die Mittelzuwendung durch Bund, Länder und Kommunen für den gesamten Bildungsbereich (der auch Schulen, andere Hochschulen und Bildungseinrichtungen umfasst) im gleichen Zeitraum um nur 10 Prozent erhöht. Die Universitäten sahen sich deswegen gezwungen, deutliche Kürzungen in ihren Haushalten vorzunehmen. Die Folge ist die zum Teil drastische Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen durch gekürzte Ausgaben z.B. im Bereich der Ausstattung der Bibliotheken oder von Übungsräumen.

Die NeueDB erkennt an, dass Studiengebühren grundsätzlich dazu führen können, die Lernbedingungen wieder zu verbessern und sieht darin eine Chance für das deutsche Bildungssystem. Die Einführung von Studiengebühren wird zu einer Verkürzung der Durchschnittsdauer des Studiums führen. Jeder Studienberechtigte wird sich vor der Einschreibung an der Universität - mehr als zum jetzigen Zeitpunkt - bewusst für ein Studium entscheiden müssen. Dies wird mittelbar zu einer Verringerung der Studentenzahlen führen und zu einer Entspannung der Situation mit z.T. hoffnungslos überfüllten Vorlesungen, Seminare usw. Auf der anderen Seite muss jedoch gewährleistet sein, dass die Studiengebühren der universitären Lehre unmittelbar zugute kommen. Die Gebühren dürfen nicht dazu hergenommen werden, um öffentlichen Haushalte zu sanieren. Vielmehr muss durch die Gebühren die Situation an den Universitäten vor Ort verbessert werden, indem das Geld zur besseren Ausstattung der Lehrstühle verwendet wird. Weitere Mittelkürzungen für die Hochschulen sind nicht hinnehmbar!

Zugleich muss das Stipendiensystem reformiert werden. Dies muss gewährleisten, dass unabhängig von der sozialen Herkunft dem Einzelnen der Weg an die Hochschulen offen bleibt. Die Erhebung von Studiengebühren darf nicht dazu führen, dass nur sozial Bessergestellte eine universitäre Ausbildung erhalten können. Gerade diese

Wolfgang Hacker
Cadolzheimer Str. 48, 90766 Fürth
Tel. 0911/971925 6; mobil 0179/5270775
www.neuedb.de; presse@neuedb.de

Neue Deutsche Burschenschaft

Pressesprecher

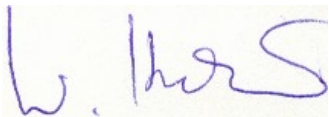
Errungenschaft hat das deutsche Bildungssystem weit über seine Grenzen hinaus auch für ausländische Studenten attraktiv gemacht. Nicht zuletzt damit wurde ein Stück des Standortes Deutschland gesichert.

Die Einführung von Studiengebühren birgt jedoch auch Gefahren. Gezwungen zu einer möglichst kurzen und damit kostengünstigen Studiendauer wird dem Einzelnen die Möglichkeit genommen, sich fächerübergreifend umfassend zu bilden. Dadurch befürchtet die NeueDB den Verlust von sozialer Kompetenz. Das Lösen fächerübergreifender Probleme wird jedoch zunehmend in der Praxis von Hochschulabsolventen verlangt.

Zu dieser interfakultären Wissenschaftlichkeit bekennt sich die NeueDB in ihren Grundwerten: „Wissenschaftlichkeit erschöpft sich nicht im Bemühen um ein zügiges und gewissenhaftes Fachstudium, sondern beinhaltet auch die Erweiterung der Allgemeinbildung und die Beschäftigung mit staats- und gesellschaftspolitischen Vorgängen und Anliegen.“

Die NeueDB tritt für eine Regelung ein, die bei der Einführung von Studiengebühren die derzeitigen Studenten auspart. Sollte das Studium kostenpflichtig werden, so darf dies nicht zulasten jener Studenten gehen, die bereits immatrikuliert sind.

Der derzeitige Zustand an den deutschen Hochschulen ist nicht mehr länger hinnehmbar. Studiengebühren können hier einen wichtigen Beitrag leisten, soweit sie sinnvoll und mit Maß verwendet werden. Deswegen appelliert die Neue Deutsche Burschenschaft an die Entscheidungsträger in den Ländern: Seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst, die Sie mit einer Entscheidung für Studiengebühren für kommenden Generationen und somit ein Stück weit für die Zukunft Deutschlands tragen!



Wolfgang Hacker
Presse- Und Öffentlichkeitsarbeit

Wolfgang Hacker
Cadolzheimer Str. 48, 90766 Fürth
Tel. 0911/971925 6; mobil 0179/5270775
www.neuedb.de; presse@neuedb.de